

Prof. Dr. Klaus Selle, Helene Hüttinger

# Engagement im Quartier und kommunale Bürgerorientierung

## Zwischenbilanz eines vhw-Kooperationsprojektes

**Der Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung (vhw) hat Partizipation und die Stärkung der Souveränität der Bürger zu seinen Leitthemen gemacht: „In der neuen Verantwortungsteilung des aktivierenden und ermöglichenden Staates fallen den Bürgerinnen und Bürgern zugleich neue Aufgaben und Mitwirkungsmöglichkeiten zu“ (Peter Rohland in vhw-Forum Wohneigentum 4/2005). Und an gleicher Stelle hieß es zwei Jahre später (Editorial Heft 6/2007), es sei „(...) eine Stadtentwicklungspolitik notwendig, die nicht vom Staat, sondern vom Bürger her zu denken ist und die den Bürger zum zentralen Orientierungspunkt des Aufgabenverständnisses macht“. Dies bedeutet für alle Beteiligten – in Politik, Verwaltungen, Wirtschaft und Gesellschaft – eine Veränderung gewohnter Rollen und Handlungsweisen.**

Damit eine erweiterte Teilhabe von Bürgern in Staat und Gesellschaft in diesem Sinne gelingen kann, will der vhw klären, welche

- Teilhabemöglichkeiten und Aufgabenteilungen in Zukunft möglich werden,
- Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen und welche
- Folgerungen sich für die Gestaltung von Teilhabeprozessen ergeben.

Dabei ist von besonderem Interesse, was konkret möglich ist, also zu klären: Welche Ansätze vor Ort vorliegen, welche Probleme gesehen werden und auf welche Weise sie überwunden werden können. Allgemein ist über Mitwirkung und Teilhabe, Bürgerengagement und zivilgesellschaftliche Potenziale, Bürgerorientierung und die Notwendigkeit, sich über Gemeinwohl im Dialog zu verständigen, bereits viel gesagt und geschrieben worden. Hier lässt sich auch leicht ein Konsens bewirken – denn er bleibt allzu oft folgenlos. Das jedenfalls zeigt die Vergangenheit: Programmatisch wurde Weitreichendes verkündet, in der Praxis gelang es aber bislang immer nur, in Ausnahmesituationen diesen weit gesteckten Zielen näherzukommen. Wenn also die Rede von der Bürgergesellschaft ernst genommen werden soll, dann gilt es zu zeigen, welche Wege von der Ausnahme zur Regel führen könnten. Die Suche nach diesen Wegen muss vor

Ort beginnen – beim konkreten Engagement der Bürger sowie bei den alltäglichen Problemen der Bürgerorientierung.

Ein solcher orts- und problemnaher Klärungsprozess wurde 2006 initiiert und seither gemeinsam mit dem Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung (RWTH Aachen) sowie einem großen Kreis von Fachleuten aus Wissenschaft, Kommunen, Unternehmen, Verbänden und Büros bzw. Beratungseinrichtungen gestaltet. Dieser Arbeitsprozess ist offen angelegt. Das kann in doppelter Weise verstanden werden: Alle Beteiligten lernen hier hinzu, das Ergebnis der Arbeit ist offen – der Prozess bleibt spannend. Und: Es werden immer wieder neue Teilnehmer in diesen Arbeitsprozess integriert. So nehmen inzwischen auch Vertreter des „CIVITAS-Netzwerks bürgerorientierter Kommunen“ sowie des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) am Arbeitsprozess teil. Es kann also mit Recht von einem Kooperationsprojekt gesprochen werden, das erst durch die gemeinschaftliche Gestaltung zum Erfolg führt.

### Weitere Informationen zum Projekt:

Diese Zwischenbilanz gibt lediglich Ausschnitte des bisherigen Arbeitsprozesses wieder.

Zur ausführlicheren Information sei verwiesen auf:

- die laufende Berichterstattung im vhw Forum Wohneigentum (z.B. in den Ausgaben 6/2005, 3/2006, 4/2006, 5/2006, 5/2007, 6/2007), s. dazu auch [www.vhw-online.de/forum/index.php](http://www.vhw-online.de/forum/index.php)
- die Dokumentation des Projektes auf den Seiten des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung ([www.pt.rwth-aachen.de/content/view/35/44/](http://www.pt.rwth-aachen.de/content/view/35/44/)) Hier sind auch PDFs der Dokumentation zu Einzelveranstaltungen zu finden.

Ergänzend wird zudem noch eine Loseblattsammlung aufgebaut, in die Beiträge zur Diskussion um Bürgerengagement, Bürgergesellschaften und Bürgerorientierung aufgenommen werden. Die Sammlung steht allen im Projekt B2 Aktiven zur Verfügung und ist auch im Internet zugänglich ([www.planung-neu-denken.de](http://www.planung-neu-denken.de)).

## Das Projekt Bürgerengagement und Bürgerorientierung

Eine erste Arbeitsphase des Projektes war 2006 der Sondierung von „Teilhabemöglichkeiten“ und damit vor allem der Frage

gewidmet, was Inhalte und Formen bürgerschaftlicher Teilhabe sein könnten und welche Anforderungen daraus für die Gestaltung bürgerorientierter Kommunikation durch Kommunen und Wohnungsunternehmen resultieren. Identifiziert wurde eine Vielzahl von Handlungsmöglichkeiten und guten Beispielen für gelingende Teilhabe – aber auch ein großes Spektrum von Fragen, die weiterer Erörterung bedürfen: Insbesondere mit Blick auf das Engagement der Bürger wurde noch erheblicher Klärungsbedarf gesehen. Dabei ging es zunächst um die Frage der Begriffe („Was ist eigentlich mit ‚Bürgerengagement‘ gemeint?“ etc.) und die methodischen Voraussetzungen zur Erfassung von Engagement. Im Zentrum aber stand die Frage, wie es denn um das tatsächliche Engagement der Bürger in den Städten steht, welche Schnittstellen zu kommunalem Handeln bestehen und wie diese sinnvoll gestaltet werden könnten und müssten. Angeregt wurde die Durchführung von exemplarischen Fallstudien in ausgewählten Quartieren („Topografie des Engagements“).

Zum anderen wurde ein großer Bedarf in der Weiterentwicklung schon vorhandener Ansätze der Praxis gesehen. Als besonders geeignet erschien hier die Beratung der „Praxis durch die Praxis“ – also der Erfahrungsaustausch unter denjenigen, die sich in Verwaltung, Politik und intermediären Organisationen bereits um (mehr) Bürgerorientierung bemühen. Angeregt wurde hier die Bildung eines Netzwerkes und die Durchführung von Veranstaltungen „aus der Praxis für die Praxis“. Diese beiden Arbeitsstränge bilden die Grundaufgaben des Projektes „Bürgerengagement und Bürgerorientierung“ für die Jahre 2007 und 2008.



Abb. 1: Erste Sitzung zur „Topografie des Engagements“ in Aachen

## Zum Stand der Arbeiten – ein Zwischenbericht

Im ersten Jahr der Arbeit am Projekt wurden folgende Schritte gegangen:

- Bürgerengagement: Werkstatt zur Klärung der Begriffe und zur Definition von Untersuchungsmethoden für Sondierungen in ausgewählten Quartieren; Initiierung des Arbeitsprozesses der drei Fallstudien (Ergebnisse liegen im Frühjahr 2008 vor);

- Bürgerorientierung: Erster „Ortstermin“ in Essen und Durchführung einer Tagung zu alltäglichen Schwierigkeiten der Bürgerorientierung.

Diese Schritte werden hier in Form einer „Zwischenbilanz in zwei Teilen“ dokumentiert:

Im ersten Teil wird auf die ungebrochene Bedeutung des Themas „Bürgerschaftliches Engagement“ – zugleich aber auch auf die Unschärfen dieses Begriffes hingewiesen: Wer

- über dieses Thema diskutieren will, muss sich zunächst darüber verständigen, was eigentlich genau gemeint ist,
- Bürgerengagement erkunden und sichtbar machen will, muss wissen, wonach zu suchen ist und wer
- engagierte Bürger in den Mittelpunkt seiner Problematik stellt und in eine „neue Verantwortungsteilung“ einbinden will, muss zunächst klären, was und wer gemeint ist.

Im zweiten Teil des Zwischenberichts (der im nächsten Heft erscheinen wird) ist das besondere Augenmerk auf die Frage gerichtet, welche Widerstände und Hemmnisse die Bürgerorientierung in den Kommunen zu überwinden hat. Zugleich werden Fragen für die weitere Arbeit benannt – über deren Beantwortung wir im Laufe des Jahres weiter berichten werden.

## Engagement in Stadt und Quartier: Ein Thema von ungebrochener Bedeutung

Bürgerorientierung, Zivilgesellschaft, bürgerschaftliches Engagement – Schlagworte wie diese unterliegen Konjunkturen. Eine Zeitlang sind sie in aller Munde, dann werden sie durch andere ersetzt. So ging es schon früher mit Bezeichnungen wie Partizipation, Bürgerbeteiligung und so fort ... Solche Diskussionsmoden sollten aber nicht verwechselt werden mit der tatsächlichen Bedeutung eines Themas. Und sie dürfen nicht dazu führen, dass die mit dem Thema verbundenen Aufgaben mit zu kurzem Atem angegangen werden. Das gilt auch und besonders für das Engagement der Menschen in den Städten und Quartieren – und die Bürgerorientierung in den Kommunen. Beides benötigt Kontinuität, entwickelt sich langsam und bildet so erst eine lokale Kultur der Teilhabe. Umso erfreulicher ist es, dass es auch in der Politik Persönlichkeiten gibt, die an diesem Thema festhalten: So etwa der Bundespräsident, in dessen Ansprachen immer wieder ein besonderes Interesse für die Initiativen der Bürger zum Ausdruck kommt (siehe Kasten).

Auf den Grundsachverhalt, dass eine „Kultur der Teilhabe“, dass das Wechselspiel von Bürgerengagement und Bürgerorientierung Kontinuität benötigt, ist in dem vom vhw angestoßenen Arbeitsprozess zum Thema „Engagement und Bürgerorientierung“ bereits mehrfach verwiesen worden. Umso erfreulicher, dass dieser Arbeitsprozess selbst mit langem Atem angegangen wird und auch Zeit lässt für Vorstöße in Neuland, für praxisnahe Erkundungen ebenso wie für eher theoretische Reflexionen. Denn es bedarf dieser verschiedenen Näherungen an eine Auf-

**„Wir haben mehr erreicht, als eine Lücke zu füllen...“  
Auszug aus der Weihnachtsansprache 2007 des Bundespräsidenten Horst Köhler**

„Eines berührt mich dabei immer besonders: Die Bürger finden sich zusammen, wo sie vor gemeinsamen Problemen stehen, und sie machen sich daran, miteinander Lösungen zu finden, oft auch ganz unabhängig von Ämtern und Behörden. So entsteht etwas: Kinderspielplätze und Theatergruppen und Jobbörsen für Arbeitslose und Schulpartnerschaften zum Beispiel. Und am Ende entdecken die Menschen mit Freude: Wir haben mehr erreicht, als eine Lücke zu füllen – wir haben gemeinsam etwas Sinnvolles geschaffen, das uns zeigt, wie viel schöpferische Kraft in uns steckt und wie viel eben doch von uns selbst abhängt; wir haben Bestätigung erfahren, und wir haben auch etwas gegen Einsamkeit getan.

Immer mehr stehen Leute füreinander ein, die erst ein gemeinsames Ziel zusammengebracht hat, und sie finden darin etwas von dem Halt, den jeder von uns braucht. Das ist eine gute Nachricht.

Wollen wir uns einmal ausmalen, was passierte, wenn Jung und Alt in Deutschland richtig entdecken, was sie gemeinsam möglich machen können?

Denn schauen Sie: in den vergangenen 100 Jahren ist die Lebenserwartung bei uns um 30 Jahre gestiegen. Die gewonnenen Jahre sind ein großes Geschenk. Aber ich glaube manchmal, wir gehen damit noch nicht achtsam genug um. Da werden immer noch Menschen aufs Altenteil geschoben, die viel können, die viel Erfahrung haben und auch noch viel Kraft.

Und so viele von ihnen möchten etwas weitergeben an die Jungen. Ich denke an den Kirchenmusiker in Sachsen, der Kindern bei den Hausaufgaben hilft. Ich denke an die pensionierte Lehrerin in Hamburg, die weiß, wie wichtig im Leben gute Manieren sind und sie Schülerinnen und Schülern beibringt, ganz gleich wo sie herkommen. Ich denke an den Manager, der nach dem Ende seiner Berufslaufbahn jungen Leuten hilft, ihr eigenes Unternehmen zu gründen, und an den Handwerksmeister, der als Ruheständler nach Afrika fährt, um dort Lehrlinge auszubilden.

Ich finde, es lohnt sich, an solche Beispiele anzuknüpfen. Ich möchte, dass die Erfahrung und die Gelassenheit der Älteren eine Verbindung eingeht mit dem Ungestüm und der Neugier der Jugend. Und ich bin sicher: Wo das gelingt, da kommt Gutes heraus.

Ich danke allen, die das schon jetzt täglich beweisen: den vielen Großeltern, die sich um ihre Enkel kümmern, und den Älteren, die auf die Kinder in ihrer Nachbarschaft achten und ein gutes Wort für sie haben. Wir wissen alle, wie wichtig solche Achtsamkeit ist ...“

gabe, die – obwohl schon viel darüber gesagt und geschrieben wurde – keineswegs klar ist. Das zeigt sich, je mehr man in das Themenfeld eindringt: Was ist eigentlich genau mit Engagement gemeint? Warum spricht man von „bürgerschaftlichem“ Engagement – und von welchen anderen Formen ist das abzugrenzen? Wer engagiert sich auf welche Weise? Unter welchen Bedingungen entsteht dieses Engagement? Was kann kommunale Bürgerorientierung zur Engagementförderung beitragen? Unter welchen Bedingungen entsteht überhaupt Bürgerorientierung? Und so fort ... Viele Fragen, die noch der Beantwortung bedürfen. Einigen Antworten sind wir im Rahmen des Projektes „Bürgerengagement und Bürgerorientierung“ (B2) auf der Spur. Einige zentrale Zwischenergebnisse sollen hier zusammengefasst werden – wobei es dem Stand der Dinge entspricht, dass es sich dabei überwiegend noch um neue Fragen und weniger schon um abschließende Antworten handelt.

## Bürgerengagement: Was ist gemeint?

Über „Bürgerengagement“ ist viel geschrieben und gesprochen worden. Man sollte also annehmen, dass klar ist, was mit diesen Worten gemeint wird. Dem ist aber mitnichten so. Je intensiver man sich mit den Bezeichnungen und den hinter ihnen stehenden Begriffen auseinandersetzt, umso größer werden die Unklarheiten. In den Erörterungen des Expertengesprächs wurde unter anderem auf Folgendes hingewiesen:

## Viele Bezeichnungen – gleicher Inhalt?

Es wird mit gleichen Bezeichnungen operiert, aber Verschiedenes gemeint. So können mit „bürgerschaftlichem Engagement“ sowohl Formen der Geselligkeit, der Freizeitgestaltung oder gemeinsame praktische Arbeit wie auch die Suche nach Möglichkeiten zum Mitreden und Mitbestimmen in politischen Entscheidungsprozessen gemeint sein. Engagement kann sich „gegen“ etwas richten („verhindern“) oder etwas verändern, verbessern wollen („erreichen“). Mal ist nur das eine gemeint, mal beides. Dabei ist eine Grenzziehung sehr schwierig: Schließlich ist die Unterscheidung, ob es sich um „Verhindern“ oder „Erreichen“ handelt, enorm perspektivenabhängig. Aus der Sicht der Stadtplaner „verhindern“ zum Beispiel widerständige Bürger ein Bauvorhaben, aus der Sicht der Aktivisten setzen sie sich für den Erhalt einer Spielwiese ein etc. ... Zudem wird der Zusatz „Bürger“ oder „bürgerschaftlich“ von den einen gezielt eingesetzt, um dieses Engagement von anderen Inhalten, etwa kulturellem, kirchlichem, sportlichem Engagement unterscheidbar zu machen, während andere damit lediglich die Gesamtheit der Bürger einer Gemeinde meinen (womit sofort die Folgefrage aufgeworfen ist, wer denn „Bürger“ ist oder als solcher bezeichnet wird – und wer nicht).

Es gibt zudem zahlreiche begriffliche Varianten (Bürgerengagement, zivilgesellschaftliches Engagement), Teilbegriffe (Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe, Bürgerinitiative, Teilhabe, Partizipation, Beteiligung) oder übergeordnete Bezeichnungen (Sozialkapital, Soziale Bewegungen, Dritter Sektor) von denen



nicht klar ist, inwieweit sie sich vom „bürgerschaftlichen Engagement“ unterscheiden bzw. welche Schnittmengen sie mit diesem Begriff bilden.

Aus der Forschungsperspektive ist zudem darauf hinzuweisen, dass sich die Fachdiskussion in der Vergangenheit einzelnen dieser Begriffe jeweils eine Zeit lang widmete, um dann die Aufmerksamkeit neuen zuzuwenden (was auf die eingangs angesprochene Kontinuitätsproblematik verweist). Das hat unter anderem zur Folge, dass unklar bleibt, ob die im einen Diskussionszusammenhang (z.B. Bürgerbeteiligung) gewonnenen Ergebnisse theoretischer wie empirischer Arbeit für die „neuen“ Themen (z.B. Engagement) nutzbar gemacht werden können.

## Ein kultur- und zeitabhängiger Begriff

Ob etwas als (bürgerschaftliches) Engagement bezeichnet wird, ist auch von kulturspezifischen Standards abhängig: So gilt in sozialen Verbänden z.B. von Migrantenhaushalten ein Maß an wechselseitiger Hilfe als selbstverständlich, das in einer deutschstämmigen, städtischen Nachbarschaft als Ausdruck besonderen (nachbarschaftlichen) Engagements gesehen würde. Auch zwischen ländlichen und städtischen Räumen sind solche kulturellen Unterschiede zu beobachten, auch hier gilt an einen Ort etwas als besonderes „Engagement“, was im anderen soziokulturellen Kontext als selbstverständliches Verhalten erwartet wird.

Damit wird zugleich darauf verwiesen, dass Engagement auch zeitabhängig zu betrachten ist. Im Zuge der Individualisierungsprozesse wird auch das zum besonderen Engagement, was wenige Generationen zuvor noch als selbstverständliche Leistung in lokalen Netzen bzw. nachbarschaftlichen oder familiären Verbänden galt.

## Normative Implikationen und selektive Wahrnehmung

Mit „Bürgerengagement“ werden vielfach normative Vorgaben und Konzepte verbunden – ohne dass sie expliziert würden. Da „man nur das findet, was man sucht“ (dieser Satz fiel mehrfach in den Erörterungen), entstehen so zum Teil widersprüchliche Bilder von Engagement, Engagementbereitschaft und so fort ... Zugleich erzeugen diese Begriffe und Konzepte spezifische Selektivitäten. So wurde darauf hingewiesen, dass das Engagement benachteiligter sozialer Gruppen vielfach nicht „gesehen“ werde: Die Diskussion um bürgerschaftliches Engagement konzentrierte sich zumeist auf die Formen von Engagement (Vereine, Verbände, Initiativen), die vor allem in der Mittelschicht verbreitet sind. Das lässt sich durch Beobachtungen aus früheren Phasen der Bürgerbeteiligung ergänzen: Damals wurde sichtbar, dass bestimmte Formen der Teilhabe Beachtung fanden (Diskussion in Foren, Beteiligung an Bürgerversammlungen) – andere aber nicht (z.B. „Tätige Teilhabe“, Eigen- und Gruppenarbeit etc.).

## Engagement in Bewegung

Eine weitere Erschwernis im Umgang mit Begriff und Wirklichkeit von „Engagement“ besteht darin, dass die Aktivitäten der

Bürger im Laufe ihrer Entstehung und Entwicklung ganz unterschiedliche Formen annehmen und verschiedenste Wirkungen entfalten können:

- ❑ Aus der Amateurmusikerguppe, die anfänglich lediglich einen Proberaum suchte, wird eine Stadtteilinitiative, die – nach Übernahme eines alten Bahnhofsgebäudes in eigene Trägerschaft – ein Kulturzentrum mit Gastronomie wirtschaftlich erfolgreich betreibt.
- ❑ Einigen Mitgliedern der Selbsthilfegruppe Arbeitsloser gelingt über die Mitarbeit in einem Projekt zur Förderung der lokalen Ökonomie der Einstieg in eine prekäre Form der Selbständigkeit.
- ❑ Der Freundeskreis älterer Menschen wandelt sich zum „Wohnprojekt Jung und Alt“.
- ❑ Mitglieder einer Bürgerinitiative gegen den Ausbau einer Schnellstraße erweitern, nach erfolgreicher Abwehr der Planungen, durch Zukauf der nun unbebauten Grundstücke ihre Gärten.
- ❑ Aus der Initiative gegen Abriss oder Umwandlung von Mietwohnungen wurden in der Vergangenheit auch Initiativen für konkrete Gruppen und die Verbesserung ihrer Wohnsituation (z.B. die Mitglieder der Initiative selbst), oder – wie es ein Gesprächspartner formulierte – Aus „wir für andere“ wurde „wir für uns“.

Wann liegt hier „bürgerschaftliches Engagement“ vor, wann nicht (mehr)? Kann der eine Abschnitt dieser Prozesse von den vorgängigen und nachfolgenden getrennt werden? Ist es erheblich, dass in bestimmten Entwicklungsstadien das Engagement auch wirtschaftlichen Nutzen für die Engagierten stiften kann? Und so fort ... Zahlreiche offene Fragen, die nicht ohne weiteres durch Definitionen und begriffliche Abgrenzungen zu beantworten sind.

## Erste Folgerung: Ein „offener“ Suchbegriff

„Bürgerschaftliches Engagement“ ist ein „Passepartout-Begriff“. Mit ihm wird Unterschiedliches bezeichnet und Verschiedenes außer Acht gelassen. Das macht ihn in dieser Form für wissenschaftliche Analysen ebenso wenig tauglich wie für präzise Konzepte.

Was also tun? Derzeit, so der Diskussionsstand im Projekt, hilft nur ein „offener“ Suchbegriff. Er hat als Mindestinhalt die „Überwindung von Indifferenz“ (A. Evers). Ein so verstandenes Engagement kann in vielen Handlungsfeldern seinen Ausdruck finden: Familie, Nachbarschaft, Beruf, Kirche, Sport, Hobby, Politik etc. Es kann sich gegen Absichten anderer richten, es kann – aus der Sicht Dritter – „richtig“ oder „falsch“ sein, es weist keine klare Grenze zum eigenen Nutzen auf und es kann verschiedene Formen annehmen – von den Spenden über punktuelle Mitarbeit in Projekten, Mitgliedschaft in Vereinen etc., bis hin zur Übernahme von Ehrenämtern zum Beispiel in Vereinen, Parteien, Kirchengemeinden etc. Damit wird das Suchfeld bis weit in die familiäre (z.B. Eltern-Kind-Gruppen, verschiedene Formen der

Gruppenselbsthilfe) und auch die berufliche Sphäre (corporate citizenship, besonderes Engagement etwa im schulischen und sozialen Bereich – z.B. das Lehrerkollegium, das sich in besonderer Weise um Integration verdient macht) ausgedehnt.

Im Rahmen der Erkundungen sollte lediglich eine Eingrenzung – der Quartiersbezug – wirksam werden (Engagement im bzw. für das Quartier). In diesem sehr weiten Rahmen sollen vielfältige Aktivitäten erfasst und mit Hilfe eines einfachen Beschreibungsrasters gekennzeichnet werden. Erst dann sollen diese Befunde bewertet und eingeordnet, sollen Abgrenzungen und Unterscheidungen versucht werden. Ein solches Verständnis korrespondiert auch mit den Ausgangspunkten der Arbeit: Wer über Möglichkeiten „Neuer Verantwortungsteilung“ zwischen Staat und Gesellschaft nachdenkt, muss alle gesellschaftlichen Aktivitäten ins Auge fassen, die in diesem Zusammenhang relevant sein könnten.

## Bürgerorientierung vor Ort: Aus der Praxis für die Praxis

„Vielfach weiß man in den Städten gar nicht, an welchen Stellen überall bürgerorientierte Ansätze entwickelt wurden.“ Sätze wie diese standen am Anfang eines Dialogprozesses, der in Form von „Ortsterminen“ im Projekt B2 gestaltet wird: Eine teilnehmende Kommune lädt zu einer zwei Halbtage umfassenden Veranstaltung ein, stellt einen Ausschnitt aus den eigenen Aktivitäten in Sachen „Bürgerorientierung“ vor und initiiert zugleich die Erörterung von Fragen, die sich in der Arbeit vor Ort stellen.

Ein erster „Ortstermin“ fand in Essen statt und er machte bereits sehr deutlich, wie vielfältig das Engagement der Bürger, aber auch wie vielgestaltig die kommunale Mitwirkung und Unterstützung sein kann (vgl. den Artikel von Klaus Wermker u.a. in vhw Forum Wohneigentum 5/07). Es zeigte sich zudem erneut, dass solche Ortstermine ein hohes „Anregungspotenzial“ haben: Die Gäste aus anderen Städten nahmen zahlreiche Anregungen mit – aber auch die Essener erhielten, nach eigenem Bekunden, aus den gemeinsamen Erörterungen viele Impulse für die weitere Arbeit.

Im Verlaufe der Veranstaltung eröffneten sich interessante Querbezüge zu anderen Diskussionen im B2-Projekt. Um nur ein Beispiel zu nennen: Schon im Kontext der Werkstatt zu den Realitäten und Potenzialen bürgerschaftlichen Engagements war – siehe oben – die Frage aufgeworfen worden, welche Bedeutung dem Zusatz „bürgerschaftlich“ bei der Suche nach Engagement im Quartier zukomme. Diese Frage wurde in Essen aus anderer Perspektive erneut aufgeworfen: Hat eine Stadt, die aufgrund ihrer Geschichte und Entwicklung nicht über ein deutlich ausgeprägtes Bürgertum und eine lange bürgerschaftliche Tradition verfügt, deswegen kein „bürgerschaftliches“ Engagement vorzuweisen? Die Antwort in der Diskussion war eindeutig: Selbstverständlich gibt es auch hier Engagement in der und für die Stadt, denn das ist nicht an bürgerliche Milieus gebunden. Aber: Eine Stadt, eine Region, die wie Essen und



Abb. 2: „Aus der Praxis für die Praxis“ in Essen

das Ruhrgebiet derart vom Strukturwandel geprägt waren und sind, verliert zunächst auch einen Teil ihres „sozialen Kapitals“ und damit vermutlich auch Nährboden für Engagement: Die engen Sozialbeziehungen, die sich im Ruhrgebiet früher über die gemeinsame Arbeit (in über mehrere Generationen stabilen Arbeitsverhältnissen) vermittelten und in Gewerkschaften ebenso wie in Kleingärten-, Taubenzüchter- und Musikvereinen etc. fortsetzten, gingen mit dem tief greifenden industriellen Strukturwandel verloren. Der Wegfall der alten Arbeitsplätze löste zudem Mobilitätswänge aus, die zum Verlust von Ortsbindungen führten und so zusätzlich die früher bestehenden engen nachbarschaftlichen Verbände erodieren ließen. Das alles führt dazu, dass bestehende soziale Netze immer loser wurden, bis sie sich teilweise ganz auflösten.

Es sind also soziale Netze, „kleine Strukturen in überschaubaren Lebenswelten“, wie ein Gesprächsteilnehmer es ausdrückte, aus denen heraus auch Engagement für die Stadt, das Quartier etc. entsteht. Im Falle weitreichender gesellschaftlicher Veränderungen (wie denen in „altindustriellen“ Regionen) müssen sie sich erst wieder neu bilden – ein Prozess, der in Essen aber bereits in vollem Gange zu sein scheint (wie die Fülle der Beispiele zeigte).

Prof. Dr. Klaus Selle

Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung, RWTH Aachen

Helene Hüttinger

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung, RWTH Aachen

*In der nächsten Ausgabe von vhw Forum Wohneigentum erscheint der zweite Teil des Zwischenberichts; der Fokus liegt auf den Widerständen und Hemmnissen, die Bürgerorientierung in den Kommunen zu überwinden hat. Zugleich werden Fragen für die weitere Arbeit benannt – über deren Beantwortung wir im Laufe des Jahres weiter berichten werden.*